

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schym.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rübstr. 18a part.
Telephonruf: Nr. 8892.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserts finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **383800** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Unaufhörlich erweitern die deutschen Großbanken ihr Herrschaftsgebiet in der Industrie. Eine Aktiengesellschaft nach der anderen sieht sich genötigt, ihre Verwaltung den großen Finanzinstituten auszuliefern, häufig genug nach langem Widerstand. Die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges hat den Banken erhöhte Gelegenheiten gegeben, ihre Wünsche auf Erlangung neuen Einflusses zu erfüllen. Die Deutsche Bank, die den Reigen der Großbanken anführt, hat ihre Interessensphäre ganz außerordentlich ausgedehnt. Unter den oberstelektischen Werken war es vornehmlich die Donner-smarckhütte, die bisher ein Eindringen der Großbanken in ihre Verwaltung abwehrte. Nun ist auch ihr Widerstand gebrochen; mit dem Eintritt des Direktors des schlesischen Bankvereins, der zum Konzern der Deutschen Bank gehört, hat sich dieses Institut den angestrebten Einfluß auf die Leitung der Donner-smarckhütte verschafft. Sofort wurden Gerüchte laut, daß die Donner-smarckhütte demnächst fusioniert werden würde, und zwar wollte man wissen, daß für dieses Projekt die oberstelektische Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft, in deren Aufsichtsrat die Deutsche Bank durch denselben Vertreter wie bei der Donner-smarckhütte ihre Geschäfte besorgen läßt, auszuwählen sei. Wahrscheinlich eilen die Vornahmen dem Plane und seiner Ausführung weit voraus, doch daß sie sofort entstehen könnten, ist äußerst charakteristisch für die Tätigkeit, die die Großbanken nach Weisberggreifung bedeutender Gesellschaften zu entfalten pflegen. In den letzten Jahren hat es sich zur Genüge gezeigt, daß die Banken Erweiterungen und Fusionen der von ihnen beherrschten Betriebe mit stürmischer Eile betreiben, und zwar wohl zu allererst aus technischen Erwägungen heraus. Für sie kommt es in erster Reihe auf die Finanzgewinne an, die sich bei solchen Vorgängen für sie ergeben, deshalb sind auch Fusionen verschiedentlich zu verzeichnen, bei denen durch die fast willkürliche Auswahl der zur Fusion bestimmten Betriebe sich Verhältnisse ergaben, die die Rentabilität der beteiligten Unternehmungen sehr ungünstig beeinflussen. Die Großbanken haben in den wenigsten Fällen eigentliche Aktionärsinteressen, sie ziehen also ihren Gewinn am wenigsten aus den laufenden Dividenden. Stellt sich bei fusionierten Unternehmungen später ein Gewinnrückgang ein, so werden die Banken davon wenig oder gar nicht betroffen, denn die Aktien, mit denen sie sich die Majoritäten in den Generalversammlungen sichern, gehören ihnen nur zum geringsten Teil, sie stammen aus dem Besitz ihrer Kundschaft. Die von dem Publikum den Banken zur Aufbewahrung gegebenen Aktien werden in den Generalversammlungen von den Banken vertreten, es sei denn, daß der Kunde sich die Vertretung seines Besitzes selbst vorbehält, ein Fall, der verhältnismäßig selten ist. Ferner besteht unter den Großbanken die Vereinbarung, daß sie sich gegenseitig Aktien zu Generalversammlungen zwecks zur Verfügung stellen. Bei dem weit ausgedehnten Netz von Niederlassungen und Depositionskassen der großen Institute sammeln sich die Aktien der verschiedensten Gesellschaften zu sehr erheblichen Beträgen an, die in der Hand der Zentralstelle jeweilig eine beträchtliche Macht repräsentieren. Die Banken wollen in der Hauptsache mit den Aktiengesellschaften, deren Verwaltung sie angehen, Finanzgeschäfte machen, sie gewähren Kredite, die später durch Kapitalerhöhungen in Ausgabe von Obligationen abgelöst werden, sie schaffen dort planmäßig Gelegenheit zu solchen Geschäften, wie sie sich bei einem regulären Betrieb und normaler Ausdehnung der Werke nicht ergeben würden. Weniger gut rentierende Werke werden Werken, die eine hohe Dividende abwerfen, aufgekauft, und zwar zu teuren Preisen, die den beteiligten Banken, befreundeten Industriellen und Großaktionären, die vorher das aufzunehmende Werk besaßen oder zum großen Teil erworben haben, zugute kommen. Bei den Diskussionen über die Rentabilität gerade der großen Werke wird häufig vergessen, daß der Gewinn in Form der Dividende dadurch sehr erheblich herabgedrückt wird, weil bei den vielen Fusionen und ähnlichen Geschäften die Banken und die sonst beteiligten Cliquen durch ihre hohen Zwischengewinne schon einen wesentlichen Teil der steigersfähigen Betriebsgewinne vorweg genommen haben. Die neuen Betriebe werden eben häufig zu teuer eingekauft, das an sich schon eine Steigerung der Rentabilität dann eingetreten ist, wenn die Gewinnquote unverändert geblieben ist. Wären die mannigfachen wirtschaftlichen und technischen Vorteile der Betriebsvereinigung in der Großindustrie nicht so ganz außerordentlich groß, dann würden die Schäden mancher gewaltigen Fusion und Kapitalvermehrung noch viel deutlicher zutage treten, als es bisher geschah.

Dadurch, daß die Banken in den Aufsichtsräten sehr vieler Aktiengesellschaften sitzen, deren Generalversammlungen sie nötigenfalls auch majorisieren könnten, übersehen sie genau die geschäftliche Situation der einzelnen Betriebe und sie vermögen ihnen auch ihren Willen aufzuzwingen. Bekannt ist zum Beispiel, daß die Gesellschaft „Phönix“ wider den Willen der technischen Leitung mit „Hörde“ und „Nordstern“ zusammengeworfen und in den Stahlwerkverband hineingetrieben wurde. Auf die dargelegte Praxis der Banken wird in der Hauptsache die stürmische Erweiterung auch der oberstelektischen „Bismarckhütte“ zurückgeführt. In diesem Werk haben, nachdem eine private Bankfirma, die über die Aktienmehrheit verfügte, von einer Großbank aufgenommen wurde, die Berliner Handelsgesellschaft, die Dresdener Bank und die Nationalbank den entscheidenden Einfluß erlangt. Hatte bis zum Jahre 1906 das Aktienkapital der Bismarckhütte nur 6 Millionen Mark betragen, so wurde unter der Herrschaft der genannten Banken schon im zweiten Halbjahr 1906 eine Kapitalerhöhung von 4 Millionen Mark vorgenommen und jetzt bereits soll

wiederum eine Vermehrung des Kapitals um weitere 6 Millionen Mark erfolgen. Diefelbe Entwicklung weist mancher andere Unternehmungen der Montanindustrie auf. Wie in Oberschlesien, hat die Deutsche Bank auch in der Montanindustrie des Westens sich neue Stützpunkte geschaffen. So ist einer ihrer Direktoren kürzlich in den Aufsichtsrat der „Kombacher Hüttenwerke“ gewählt worden. Diese Werke haben in den letzten Jahren umfangreiche Neubauten vorgenommen, ihre Finanzverhältnisse wurden dadurch sehr angespannt, eine Situation, die sie für eine Verbindung mit der Deutschen Bank geneigt machte. Auch im Siegener Revier hat dasselbe Finanzinstitut weiter eindringen können, vornehmlich durch die Siegener Bank, die zur Deutschen Bankgruppe gehört.

Die von den Banken beherrschten Gesellschaften sind ihnen noch in anderer Gestalt steuerpflichtig gemacht worden. Die Bankverträter in den einzelnen Aufsichtsräten sind bestrebt, Aufträge von Unternehmungen ihres Konzerns den ihnen gleichfalls nahestehenden und dafür in Frage kommenden Unternehmungen zuzuwenden. Für diese Zuweisungen erheben die Banken eine bestimmte Provision, deren Betrag bei dem großen Umfang der Konzernne nicht zu unterschätzen sein dürfte.

Durch die Elektrobanken — nach der Gründung der Elektrobank der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens & Halske-Gesellschaft ist auch die Gründung der Elektrobank der Seltene-Guillaume-Bahmeyer-Werke namentlich definitiv vollzogen worden — wollen die großen Elektrizitätsgesellschaften in Erweiterung ihrer schon längst geübten Praxis durch Gründung und Finanzierung neuer Unternehmungen sich Beschäftigung ihrer Betriebe sichern, dabei sich aber mehr als bisher von der Hilfe der Großbanken unabhängig machen. Sie werden, wie wir mehrfach darlegten, die Finanzierungsmittel durch Ausgabe von Obligationen künftighin machen, die Banken sollen sich darauf beschränken, die Obligationen gegen entsprechenden Gewinn bei dem Publikum unterzubringen. Was den Fusionsunternehmungen mit Hilfe der großen Finanzinstitute gelingt, glauben manche kleine Unternehmungen mit eigener Kraft durchführen zu können. Verschiedentlich wird aus der Maschinenindustrie berichtet, daß kleinere und mittlere Gesellschaften sich durch Gründungen von Unternehmungen, deren Betriebe sie dann einrichten, Beschäftigung zu sichern versuchen. Die Aufmerksamkeit auf solche Vorgänge lenkt die Mitteilung der Sangerhäuser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei vormalig Hornung & Rabe, daß für das letzte Jahr von einer Dividendenzahlung abgesehen und zur Deckung von Verlusten ein Betrag von circa 900000 M aus dem gesetzlichen Reservefonds entnommen werden mußte. Diese Gesellschaft, die früher 22 1/2 Prozent, später 5, 8, 15 Prozent und in den letzten vier Jahren je 10 Prozent Dividende verteilte, gründete und half Zuderfabriken gründen; gegen Übernahme eines Teiles der Aktien erlangte sie die Installation der gegründeten Fabriken. Die Verluste im verfloffenen Jahre sind nun auf die schlechten Resultate beim Betriebe einer im Besitz der Gesellschaft befindlichen russischen Zuderfabrik zurückzuführen, sowie auf notwendige Rückstellungen und Abschreibungen auf Anwesenstände, die wohl auch aus Beteiligungen an Zuderfabrikgründungen entstanden sind. Während die großen Gesellschaften mit Unterstützung der Banken das Risiko solcher Gründungen zur Erlangung von Aufträgen auf das Aktien kaufende Publikum abwälzen, behalten die kleineren Gesellschaften den Besitz der Aktien an den von ihnen begründeten Gesellschaften zumeist in ihrem Besitz; florieren diese Unternehmungen dann nicht, so trifft sie der volle Verlust. Auch hierbei zeigt sich die Überlegenheit der großen Betriebe, deren Spekulationsgeschäfte nachahmen für weniger große und kräftige Gesellschaften sehr bedenklich ist.

Die Elektrobank der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens & Halske-Gesellschaften will die Finanzierung einer elektrischen Städtebahn für den Personenverkehr zwischen Köln und Düsseldorf betreiben. Beide Konzerne haben gemeinsam einen Antrag auf Erteilung der Konzession zum Bau und Betrieb dieser vollspurigen zu betreibenden Bahn bei der Regierung gestellt. Im März 1906 war ihnen die Erlaubnis zur Vornahme allgemeiner Vorarbeiten erteilt worden. Die Verwaltungen erklären, daß die Bahn in 4 bis 5 Jahren in Betrieb kommen könne, falls sich die Erteilung der Konzession nicht verzögere. Diese Erwartung dürfte sich aber nicht erfüllen. Von der Kölner Stadtverwaltung wird unter anderem die Forderung des Mitbestimmungsrechts der beteiligten Städte erhoben. So wünschenswert die Ausführung des Projekts an sich wäre, so notwendig ist es, daß der Staat oder die beteiligten Städte nicht nur ein Mitbestimmungsrecht, sondern das Besitzrecht an der Bahn erwerben, damit ein so wichtiges Verkehrsunternehmen nicht dem Privatkapital ausgeliefert wird.

Der Elektrizitätsindustrie sind zu Beginn des Jahres größere Auslandsaufträge zugegangen, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Siemens-Schuckert-Werke haben einen auf mehrere Millionen Mark lautenden Auftrag nach Südafrika erhalten. Die Aktiengesellschaft Nit & Genest in Schöneberg-Berlin erhielt durch ihre im verfloffenen Jahre gegründete Tochtergesellschaft Samson-Nit & Genest, Rohr- und Seilpostanlagen G. m. b. H., von der italienischen Regierung den Auftrag auf Herstellung der staatlichen Rohrpostanlagen in Rom, Neapel und Mailand. Das Gesamtobjekt soll circa 1 Million Lire betragen. Auch die Halle'sche Maschinenfabrik berichtet, daß ihr für 1 1/2 Millionen Mark Aufträge, vornehmlich für das Ausland, zugegangen, wodurch die Gesellschaft auf Besseres besichtigt ist.

Über die Geschäftsfrage der Werkzeugmaschinenfabriken wurde in der letzten Hauptversammlung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken ein Bericht erstattet, in dem betont wird, daß zwar einige größere Fabriken ihren Betrieb im abgelaufenen Jahre zu beinahe vollem Umfang haben aufrechterhalten können und nicht genötigt waren, Arbeiter zu entlassen, ferner auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres nicht unbedeutende Aufträge nach zu erledigen haben, doch im ganzen genommen sei der Werkzeug-

maschinenbau in einer sehr ungünstigen Lage, die Aussichten für die nächste Zukunft wären sehr wenig erfreulich. Mit Genugtuung wird konstatiert, daß die Ausfuhr sich bisher auf der früheren Höhe behauptet und sogar noch zugenommen habe — sie ist von 472568 Doppelzentner in den Monaten Januar bis Oktober 1907 auf 489558 Doppelzentner in den gleichen Monaten des Jahres 1908 gestiegen —, worin der Verein ein ehrenvolles Zeugnis für die Leistungsfähigkeit des deutschen Werkzeugmaschinenbaues erblickt. Die deutschen Werkzeugmaschinenfabrikanten sehen mit Besorgnis auf das in allerjüngster Zeit energisch verfolgte Streben Frankreichs nach Zollherhöhung auf Erzeugnisse der Metallindustrie und im besonderen auf Werkzeugmaschinen. Die deutschen Werkzeugmaschinenfabrikanten werden gut tun, sich daran zu erinnern, daß die Hochschulzollpolitik Deutschlands die gefährlichste Provokation zur Hochschulzollüberhebung in anderen Ländern gibt.

Die Berichte aus der Kleineisenindustrie lauten weiser trübe. Nach übereinstimmenden Mitteilungen der Handelspresse kommt die Mehrzahl der Werke, trotzdem Betriebsbeschränkungen größeren Umfangs vorgenommen sind, sehr schlecht durch den Winter, zumal auch das Exportgeschäft sehr daneben liegt. Aus dem Solinger Bezirk wird über eine kleine Besserung berichtet, das deutsche Geschäft zeigt eine etwas lebhaftere Bewegung, doch das Hauptgeschäft muß Amerika bringen, von dort mangelt es aber leider noch an Aufträgen, besonders in Kniepen, schweren Taschenmessern fehlen die Bestellungen. Nach dem Berliner Tageblatt ist der Export nach Brasilien wieder etwas im Steigen begriffen, aus Argentinien liegen Aufträge in Urmasabmessern vor, für Holländisch-Indien sind große Kommissionen auf Postermesser in Arbeit. Weiter wird gemeldet, daß durch Waffenaufträge für Brasilien und durch Lieferung von 8000 Lanzen für Rumänien die Firma Alexander Coppel bis ins Frühjahr hinein ausreichende Beschäftigung hat. Die Ungunst der Geschäftslage wird auch durch die Mitteilung beleuchtet, daß beispielsweise eine Lohnschleiferei, in der in der Regel 40 Arbeiter beschäftigt sind, noch kurz vor Neujahr stillgelegt wurde.

Christliche Beiseidenheit.

Es. Den christlichen Gewerkschaften hat es von jeher große Mühe gemacht, für ihre Stellung zur Politik den richtigen Ausdruck zu finden. Die Wahrheit, daß sie vom Zentrum zur Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterbewegung gegründet sind, daß sie von jeher nichts anderes waren als die Schutztruppe des Zentrums und anderer reaktionärer Parteien, diese Wahrheit durften sie nicht gestehen. Sie verkündeten die „politische Neutralität“, wonach sie allen bürgerlichen Parteien gleich unbefangen gegenüberstehen, sich der Beschäftigung mit parteipolitischen Fragen enthalten und sich nur mit wirtschaftlichen Aufgaben, die das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen, beschäftigen wollen. So einfach sich dieser Satz auf dem Papier ausnimmt, so stellen sich seiner Ausführung doch manche Zweifel und Schwierigkeiten in den Weg und so finden wir denn, daß seit dem Bestehen der christlichen Gewerkschaften die Debatten begannen und bis heute andauern, wie man sich zur Politik stellen sollte, ob man wirklich sich nur mit rein wirtschaftlichen Fragen beschäftigen dürfe und welche Fragen als rein wirtschaftlich zu gelten haben.

Der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften (Mainz 1899), wo sich diese ihr Programm schufen, behandelte auch die Stellung zur Politik. Der Referent zu dieser Frage war der damalige Arbeitersekretär, jetzige Zentrumsabgeordnete Erzberger. Er sprach sich dafür aus, daß die christlichen Gewerkschaften „unparteiisch“ sein müßten, man dürfe nicht einmal den Anschein erwecken, als wenn einer bestimmten Partei geholfen werden solle. Der Vertreter der Oppositen Ziegler erklärte, mit der vom Referenten geforderten Unparteilichkeit nicht ganz einverstanden zu sein. Bei Wahlen und anderen wichtigen Anlässen werde es sich manchmal um schwerwiegende Interessen der Gewerkschaften handeln; in solchen Fällen müßten doch die Gewerkschaften zu der Wahl Stellung nehmen und ihren Mitgliedern die Wahl des geeigneten Kandidaten empfehlen. Redakteur Jannelen (Wachen) meinte ebenfalls, daß bei Wahlen eine Stellungnahme nicht zu umgehen sei, die Gewerkschaften müßten sich bezüglich der Politik die Wege offen halten. Andere Redner, so Sieberich (R.-Glabach), sprachen sich gegen die Anträge der Oppositen aus. Erzberger sprach sich in seinem Schlußwort dahin aus, daß ein Einwirken auf die Politik nicht ganz zu vermeiden sei, doch lasse sich das dadurch erreichen, daß man bei Wahlen den betreffenden Kandidaten eine Reihe von Fragen über Wahlrecht, Koalitionsrecht, Militär- und Marinevorlagen vorlege, von deren Beantwortung die Gewerkschaft ihre Haltung abhängig mache. Schließlich wurde bezüglich der Politik der vorgelegene Leitungsantrag angenommen, wonach die Gewerkschaften unpolitisch sein, das heißt sich keiner politischen Partei anschließen sollen; die Erörterung parteipolitischer Fragen sei fernzuhalten, aber die Herbeiführung gesetzlicher Verbesserungen auf dem Boden der bestehenden Gewerkschaftsordnung zu erörtern.

Wie man sieht, ließ die damalige Auffassung innerhalb der christlichen Gewerkschaften der Beschäftigung mit politischen Fragen immerhin einen gewissen Spielraum. Der unpolitische Charakter der Gewerkschaften wurde dahin verstanden, daß sie sich keiner politischen Partei anschließen sollten, und wenn auch parteipolitische Fragen aus der Erörterung ferngehalten wurden, so ließ andererseits der Hinweis auf die Herbeiführung gesetzlicher Reformen die politische Betätigung in beträchtlichem Umfang zu, wozu noch kam, daß der Referent und die Redner bei der Programmdebatte in Mainz sich in politischer Hinsicht als sehr weitherzig erwiesen. Auch in der nach dem Ratgeber Kongress erschienenen Programmübersicht: „Christliche Gewerkschaften, ihre Aufgaben und Tätigkeit“ (R.-Glabach) zeigt man sich in dieser Hinsicht noch

am die Zulassung von drei Arbeitern, zwei von uns und einem Gewerbetreibenden, erucht, was vorgeschlagen wurde. Nachmittags gingen aber sieben Mann, fünf Mitglieder unserer Verbände und zwei Gewerbetreibende, zur Sitzung. Auch Herr Dr. Wilmann war anwesend. Den Verhandlungen am Sonntag den 12. Dezember wohnten, wie gesagt, 7 Mann bei, am Sonntag den 13. Dezember nur Mitglieder unserer Verbände, da die Kirch-Wanderfahrten eine Versammlung hatten, am Montag den 14. Dezember waren auch nur Mitglieder von uns anwesend. In der Verhandlung am Montag erlitten wir vor Schluss die Christlichen um Zustimmung mit der Resolution, daß sie mehr Leute als die Kirch-Wanderfahrten dabei hätten, doch wurden sie abgewiesen; der Herr Oberbürgermeister ließ ihnen mitteilen, sie wären zu spät daran, man würde jetzt am Ende der Verhandlungen. Am Mittwoch den 16. Dezember abends waren dann Verhandlungen wegen Brown, Boveri & Co., zu denen nur Vorhölzer und Schneider gerufen worden waren, bis aber ein Eingehen auf diese Sache ablehnten, da sie erst mit dem betreffenden Kollegen Rücksprache nehmen und das Material aufzusuchen müßten. Über die am 17. endgültig festgelegten Kommentare wurde am 18. nur mündlich mit den Industriellen gesprochen; am 17. früh 8 Uhr wurden aber Vorhölzer und Schneider auf Grund der mündlichen Aussprache am 18. auf das Bureau der Industriellen zu kommen erlucht, wo die Kommentare dann reaktionell mit der Firma festgestellt wurden.

Die erweiterten Zuständigkeiten wurden den Streitenden am 17. Dezember vorgelegt, aber mit der Motivierung abgelehnt: „Wir glauben nicht, daß die Einigungsbedingungen gehalten werden.“ Als ich in dieser Versammlung sagte: „Über die Nichterfüllung der Einigungsbedingungen können Sie erst klagen, wenn Sie wieder die Arbeit aufgenommen und Beweise für Ihre Zweifel haben.“ wurde aufseits „Pui! Pui!“ gerufen. Als ich fortfuhr: „Bedenken Sie, es hängt von Ihrer Zustimmung ab, ob circa 10000 Metallarbeiter ausgeperrt werden.“ wurde dazwischengerufen: „Das wollen wir ja, wir sind auch drauf.“ Am Freitag den 18. Dezember fand eine Vertrauensleutekonferenz statt, in der Vorhölzer über den Stand der Bewegung berichtete. In dieser waren auch Mitglieder der Ortsverwaltung anwesend. Auf diese Konferenz näher einzugehen, liegt nicht im Interesse der Vertrauensleute und der Organisation. Es sei nur erwähnt, daß die Stimmung für das Weiterstreiken war und die Aussperrung erwartet wurde. Unter diesen Umständen sprach ich in dieser Versammlung nicht. Es wurden dort die Personen bestimmt, die an der Aussprache mit dem Herrn Oberbürgermeister teilnehmen sollten. Diese Aussprache fand am 19. Dezember statt, an der auch Mitglieder der Ortsverwaltung teilnahmen. Am Sonntag den 20. Dezember fand eine Demonstrationssammlung im Nibelungenpark statt, die schon längere Zeit vorher geplant war. Diese war von circa 4000 Personen besucht. Am Montag den 21. Dezember waren die Bevollmächtigten und Geschäftsführer der Verwaltungen Frankenthal, Ludwigsbafen und Mannheim in Stuttgart, um mit dem Vorstand die weiteren Maßnahmen zu besprechen. Am 22. Dezember fand dann eine außerordentliche Vorstandssitzung statt, in der einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, den Streik für beendet zu erklären, wenn die Streitenden, nachdem ihnen alles nochmals vor Augen geführt, trotzdem für die Fortführung des Streiks stimmen wollten. Am 23. Dezember war die beschlußfassende Versammlung. Die Ortsverwaltung nochmals zusammenzurufen, war unmöglich, da ein Hinanschieben der Aufhebung des Streiks nach den gemachten Erfahrungen keine andere Ansicht in den Reihen der Streitenden herbeigeführt hätte, aber die Gefahr in sich barg, daß die Aussperrung nicht mehr zu verhindern war und daß dadurch zugleich das Ertrugene wieder verloren geht.

Diese ausführlichen Bemerkungen sind nötig, um den Vorwurf in der Erklärung der Ortsverwaltung zurückzuweisen, sie sei nicht genügend informiert worden. An sämtlichen Verhandlungen haben außer Schneider und Vorhölzer die Kommission der Arbeiter des Streikwerkes und auch die Vertreter der anderen Organisationen teilgenommen. Wenn die Ortsverwaltung sagt: es wäre zweifellos ein anderer Weg gefunden worden, den Streik zu beenden, so fehlt für diese Ansicht die Wahrscheinlichkeit. Die Mitglieder der Ortsverwaltung kennen die Vorgänge in den Versammlungen der Streitenden nur vom Hörensagen, teilgenommen haben sie daran nie. Sie mußten aber von den Vorgängen wissen und auch die Stimmung in den Fabriken kennen. Wenn sie einen gangbaren Weg für die Beendigung des Streiks gewußt hätten, dann hätten sie ihn doch empfehlen sollen.

Auf den Protest gegen die Handhabung des Statuts gehen wir hier nicht ein, die Unrichtigkeit dieser Ansicht ist bereits an anderer Stelle dargelegt worden. Ebenso ist die dem Vorstand untergeschobene Depefentschuldung durch den Kollegen Füller selbst berichtigt worden. Auch die Angabe in dem Versammlungsbericht, die Dresdener Depefente sei vor der zweiten Abstimmung verlesen worden, ist falsch, sie wurde nach der Abstimmung verlesen. Die notwendigen Richtigstellungen ließ man mich aber als Vorstandsvorleiter in der Versammlung am 10. Januar nicht machen, nahm aber trotzdem eine Resolution gegen meine Ausführungen an! Dieser Behauptung wurde die Krone aufgesetzt durch die Ausführungen des Diskussionsredners Klein, der sagte: „Es sei erfreulich, daß die heutige Versammlung endlich einmal ein Stückchen Demokratie zeige.“ Während dieser Ausführungen wurden Schneider, Vorhölzer und ich fast täglich injuliert. Dies die praktische Demokratie der Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 31. Januar der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar 1903 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle Rühlhausen i. Glf. 5 § für jugendliche Mitglieder; der Verwaltungsstelle Mettenberg 5 § pro Woche vom 1. Februar an. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln: Der Former Jos. Boshach, geb. am 22. Juli 1850 zu Reppern, Buch-Nr. 718915, wegen Denunziation. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pforzheim: Der Goldarbeiter Ad. Böhringer, geb. am 24. September 1861 zu Siebengeil, Lit. A. Buch-Nr. 147468, wegen Betrug.

Öffentlich gerügt werden: Auf Antrag eines Schiedsgerichtes in Hannover: Der Rießschmied Ernst Wollenhaupt, geb. am 6. März 1871 zu Lindern, wegen unkollegialen Verhalten. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mainz: Der Ziseleur Peter Baumert, geb. am 28. August 1860 in Mainz, Lit. A. Buch-Nr. 231419, wegen Streikbruch.

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erzielenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altona: Der Former Gust. Wiegardt, geb. am 26. Februar 1857 zu Fieseln, Lit. A. Buch-Nr. 152181, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wuppertal: Der Schmied Gust. Bergberg, geb. am 20. Februar 1860 zu Wuppertal, Lit. A. Buch-Nr. 6870, wegen Betrug. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pforzheim: Der Goldarbeiter Adam Golch, geb. am 4. September 1865 zu Heilberg, Buch-Nr. 845187, wegen Unterschlagung. Auf Antrag des Schweiß-Metallarbeiter-Verbandes, Göttingen: Der Bohrer Oskar Stricker, geb. am 10. März 1868 zu Nienstedt, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurde: Lit. A. Buch-Nr. 288778, lautend auf Joh. Deder, geb. am 8. August 1877 zu Hohenstrauß. (Stendal.)

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nöle-Strasse 16b zu richten; auf dem Postfach ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Verichtigung. Bis 31. Dezember fanden noch Gelber an die Hauptkasse ein: Markgrafstädt 200 M., Nettmann 200 M., Stettin 2000 M.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

von Formern, Eisengleisarbeitern und Kernmachern nach Arbon, Schweiz (Wieserei Schredenberg) M.; nach Düsseldorf, Math. Firma G. E. Sittig St.; nach Ludenwalde (Greis) R.; nach Rheindt (Firma Forster) Str.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Luffinpiccolo i. Österr., Schiffwerk, D.; nach Mülligen i. Wäldern (elektrot. Fabrik, L. Doegal & Co.) St.; nach Prag (Morel & Co., Lüfterfabrik) L.; nach Rombach in Lothringen (Rombacher Hütte) D.; nach Würzburg (Alliengeseellschaft für landw. Maschinen vorm. Gebr. Bugbaum) D.; von Schlossern, Drehern, Schmieden und Maschinenarbeitern nach Friedrichsroda in Thüringen (S. Schönau, Rinderkarussellfabrik) Mi.; nach Riga Mi.; von Schlossern (Bau-) nach Kassel L.; von Walzwerkarbeitern (besonders Fein- und Drahtwalzern) nach Rombach i. Lothr. (Rombacher Hütte) D. (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu weiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.) Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Vorstandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein. Vor Arbeitssamnahme in Orten, wo keine der obigen Anträge in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem seitherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Silbesheim. Daß bei der „ungünstigen Konjunktur“ das Verhalten des Unternehmertums den Arbeitern gegenüber ein rigides ist und es keine Macht dazu benutzt, den Arbeitern die Abhängigkeit recht fühlbar zu machen, ist ja eine bekannte Tatsache. Daß es aber auch Zunftmeister gibt, die sich als König in ihrem Reich fühlen und keinerlei Widerspruch gegen ihre Befehle dulden, sollte man nicht für möglich halten. Daß dem aber so ist, beweist folgender Vorfall. Der Feilenhauermeister S. Deppe, Mitglied der Zunftgenossenschaft der Schlosser und Feilenhauer in Silbesheim, kam eines Morgens um 8 1/2 Uhr (es war ein recht trüber Tag) in die Werkstatt und löschte seinem Gesellen die Lampe vor der Nase aus. Da es noch zu dunkel war, um ohne Licht arbeiten zu können, erklärte der Geselle, er könne doch ohne Licht nicht arbeiten. Herr Deppe schmit ihm aber mit den Worten die Stirne ab: „Wenn ich es befehle, haben Sie die Lampe anzuzulassen, ganz gleich, ob Sie arbeiten können oder nicht.“ Eine weitere Strede widerlegte er kurz mit den Worten: „Schweigen Sie und arbeiten Sie; wenn es Ihnen kein Vergnügen macht, lassen Sie ja, was Sie zu tun haben, dann müssen Sie als Stummeler auf der Straße herumlaufen. Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen; ich bezahle meine Leute anständig, kann daher Leute genug kriegen“ u. i. w. Wie der Herr überhaupt seine Gesellen einschätzt, kann man daraus ersehen, daß ihnen zugemutet wird, für den Haushalt Holz zu spalten. Einem Gesellen, der diesen von der Tochter des Hauses gestellten Auftrag zurückwies, wurden von seinen Meisterin Vorhaltungen gemacht und sein Verhalten als unanständig bezeichnet, weil er erklärt hatte, die Tochter solle sich ihr Holz selbst spalten. Der Herr glaubt auch der Vormund seiner Gesellen zu sein und „patriarchalische“ Verhältnisse in seinem Betrieb aufrecht erhalten zu können. Deshalb ist bei ihm auch, obwohl er nur 2 Gesellen beschäftigt, ein besondrer Beschäftiger der Arbeiter zu verzeichnen. Einmal kommt noch, daß das Werkzeug (Meißel) in traurigem Zustand sich befindet und die Antreiberei (es wird in Lohn gearbeitet) eine große ist. Anscheinend soll das schlechte Werkzeug durch das ewige Antreiben ersetzt werden. Herr D. scheint auch die Bestimmungen über die Zusammenlegung der Gesellen nicht zu kennen, denn diese Gesellen bestehen aus 2/3 Blei und 1/3 Zinn, es soll aber das ungelehrte Verhältnis sein. Hier wäre es Sache der Gewerbetreibenden, Wandel zu schaffen. Rüge vorstehendes für fremde Feilenhauer als Information dienen, damit sie sich nicht durch verlockende Versprechungen verleiten lassen, hierher zu kommen; sie würden jedenfalls sehr bald enttäuscht diesem Eldorado den Rücken kehren.

Formen.

Wiesbaden. Unter den Eisenarbeitern der Riebertscheimischen Hütte herrschte schon bisher eine große Unzufriedenheit, da die Verdienste immer geringer wurden. Die Erregung erhöhte sich noch, als den Formern kürzlich zugemutet wurde, Streitarbeit für die Firma Forster in Rheindt zu leisten, wo sich bereits seit Wochen die Former und Eisenarbeiter wegen unerhöhter Lohnsätze im Abwehrstreik befinden. Zwei Former, die am Montag den 11. Januar die von ihnen geforderte Streitarbeit herbeigeführt und die schon 19 und 20 Jahre auf dem Werk beschäftigt sind, wurden sofort entlassen. In einer an demselben Abend abgehaltenen quäbelnden Versammlung beschloffen die Eisenarbeiter einstimmig, ihren streikenden Kollegen nicht in den Rücken zu fallen und die Streitarbeit zu bewilligen. Dieser Beschluß wurde am Dienstag den 13. Januar der Firma durch eine Kommission mitgeteilt. Die Firma erklärte, was die Arbeit nicht verrichten wollte, solle sich als gekündigt betrachten. Am Dienstag morgen wurde ein anderer Former, der die Streitarbeit vorzeitig, so fort entlassen. Am Mittwoch den 15. Januar wurde ein For-

mer gerügt, da anderer Former sofort entlassen und am Donnerstag den 14. Januar wurden alle Former der Riebertscheimischen Hütte entlassen. Inzwischen ist aber die Angelegenheit bei Forster in Rheindt erledigt worden (siehe unten). Es fand deshalb am 19. Januar eine Versammlung der beteiligten Arbeiter statt, in der das Ergebnis der Verhandlungen in Rheindt bekannt gegeben wurde. Die Versammlung beschloß darauf einstimmig: „Die Versammlung der Former und Eisenarbeiter der Riebertscheimischen Hütte beschließt, daß durch die Erledigung der Angelegenheit in Rheindt auch die Differenzen betreffs der Streitarbeit auf der Riebertscheimischen Hütte erledigt sind. Die Sperrung wird aufgehoben in der Erwartung, daß die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt beziehungsweise die Kündigung der übrigen Arbeiter zurückgezogen wird. Die Kommission wird darauf beauftragt, diesen Beschluß der Direktion zu unterbreiten.“ Diese Resolution wurde am anderen Morgen der Direktion der Riebertscheimischen Hütte unterbreitet, worauf sie erklärte, daß die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden und die Kündigung der übrigen Arbeiter zurückgezogen wird. Dies ist auch geschehen. Mögen die Arbeiter die entsprechende Behe von dieser Angelegenheit ziehen und fest und treu zur Organisation halten.

Rheindt. Die Formerbewegung bei der Firma Otto Forster ist nach dem Ergebnis der Verhandlungen des Beigeordneten Dr. Pagenstecher von den Aussperrten als gegenstandslos erklärt worden. Für diesen Beschluß war maßgebend: Die öffentliche Erklärung des Herrn Forster in der Rheindt Zeitung und gegenüber dem Beigeordneten Dr. Pagenstecher, daß er den Eisenbetrieb endgültig geschlossen habe und die Zusage der sofortigen Zurückziehung der schwarzen Listen.

Kupferschmiede.

Berlin. Die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kupferschmiede hielten am 3. Januar eine Versammlung ab. Die Wahl eines Branchenvorsetzers fiel auf den Kollegen Fröh. Die Zahl der in der hiesigen Verwaltungsstelle angemeldeten Kollegen beträgt zurzeit 38, dazu kommen noch etwa 10 Kollegen, die sich selbst als Rohrleger oder Heizungsmonteur bezeichnen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß diese nur auf eigenen Wunsch als zur Branche gehörig betrachtet werden. Nach Erledigung mehrerer geschäftlicher Angelegenheiten und des Punktes Verbandsangelegenheiten wurde der Artikel in Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung, betreffend den Übertritt des Züricher Fachvereins in den Schweizerischen Metallarbeiter-Verband, einer Erörterung unterzogen und der Anonymus aus Zürich als ein ganz sonderbarer Felleger angesprochen. In der nächsten Versammlung soll der Frage nähergetreten werden, wie die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kupferschmiede Deutschlands in nähere Verbindung zu bringen sind.

München. In Nr. 2 des Organs des Kupferschmiede-Verbandes bringt der Kollege Michael Koch aus München einen Bericht über seinen Agitationsbezirk, darunter auch über Nürnberg. Von der Nürnberger Filiale berichtet er, es sei der größte Teil seiner Verfassungskollegen in den Metallarbeiter-Verband übergetreten, diese seien aber durch Erfahrungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eines anderen belehrt worden, so daß sich der Mitgliederstand wieder etwas gehoben habe. Dem Bezirksleiter Koch vom Kupferschmiede-Verband können wir aber versichern, daß von den Kollegen in Nürnberg, die in den letzten 2 bis 3 Jahren übergetreten sind, auch nicht ein einziger zurückgekehrt ist, es gefällt uns sehr gut im Metallarbeiter-Verband. Die „Erfahrungen“, mit denen Koch da operiert, sollen nur beweisen, weitere Kollegen vom Übertritt abzuhalten. Dem Kollegen Koch sollte es doch auch einleuchten, daß ein Verband mit einigen Tausend Mitgliedern in ganz Deutschland nicht mehr schwer ins Gewicht fällt, daß namentlich die Filialen mit 5 bis 6 oder 8 Mann nach keiner Richtung hin etwas leisten können. Dem Kollegen Koch schweben jedenfalls die wenigen größeren Filialen als Muster vor, die Kollegen kleinerer Orte wollen sich aber auch in größerem Kreise bewegen, um Anregung und Belehrung zu empfangen und die Möglichkeit zu agitatorischer Betätigung zu erhalten.

Metallarbeiter.

Brandenburg a. H. Eine Illustration und einen Maßstab für die Zuverlässigkeit der „Gelben“ gibt die Wahl des Vorstandes zur Fabrikrentenkasse der Maschinenfabrik und Schiffbauanstalt von Gebrüder Wiemann in Brandenburg. In diesem Werk haben die Inhaber es durchgesehen, trotz des Protestes der nicht gelben Arbeiter, daß ihnen eine Fabrikrentenkasse von der Behörde genehmigt wurde. Die Herren wollten mit der Schlosserkasse nichts mehr zu tun haben, denn in dieser Kasse ist ja der Vorstand rot, und es ist für den richtigen Fabrikanten gerichtlich, mit solchen Leuten an einem Tisch sitzen und mit ihnen beraten zu müssen. Diefem Uebelstand glaubte man aus dem Wege gehen zu können durch die Gründung der Fabrikrentenkasse. Diese trat am 1. Januar dieses Jahres in Kraft, zum 13. Januar war von der Behörde die Vorstandswahl unter Leitung des Herrn Stadtrats Kirchfeld angefaßt. Diese Wahl hat nun eine große Überraschung für die Herren Gebrüder Wiemann gebracht, an die sie noch lange denken werden. Zur Wahl waren 180 Arbeiter erschienen, unter denen nach Ermittlung und Feststellung unserer Kollegen 78 Mitglieder des gelben Vereins waren. Um jede Beeinflussung zu vermeiden, war ein Isolierraum errichtet worden, in dem Briefumschläge zur Benützung bereit lagen. Man konnte man annehmen, daß alles geordnet war, die Gelben vor dem „Terror der Roten“ zu schützen und daß sie bis zum letzten Mann für die gelbe Liste stimmen würden. Das Resultat war aber ein ganz anderes: die gelbe Liste erhielt 49, die „rote“ 131 Stimmen. Danach entfallen auf die „rote“ Liste 8, auf die gelbe nur 1 Beisitzer des Vorstandes. Es ist nun wieder nichts mit dem Gedanken, in den die Firmeninhaber sich verwickelt hatten, mit ihren geliebten „Führern“ der Gelben hübsch unter sich zu sein. Aber auch nach einer andern Richtung gibt dieser Vorgang zum Nachdenken Anlaß. Er sollte für die Firma eine Mahnung sein. Sie selbst hat mit den schlimmsten Mitteln des Terrors gearbeitet, hat Arbeiter gezwungen, um des lieben Brotes wegen Mitglieder des gelben Vereins zu werden, die innerlich nichts mit einer solchen Sache zu tun haben. Anpötte doch Herr Wiemann nachträglich zu einem Meister: „Da sind die Leute zu Weisheiten mit den Köpfen hergekommen und wir haben sie beschert, das ist nun der Dank dafür.“ Zu dieser Wahl waren auch die Werkmeister, Vorarbeiter, das Kontorpersonal und sonstige Angestellte bis zum letzten Mann erschienen, die unweifelhaft für die gelbe Liste stimmten. Im Betrieb tätige Arbeiter sind es nur wenige gewesen, die zur gelben Fahne hielten. Uns gibt dieser Vorgang aber die Gewißheit, daß, wenn auf dem Arbeitsmarkt bessere Verhältnisse eintreten, es mit der gelben Bewegung aus ist. Herr Lebus wird gut tun, sich beizeiten ein anderes Feld für seine Betätigung zu suchen.

Damm (Weiß). Trotz der hier vorhandenen alten und lebhaften Metallindustrie liegen die Organisationsverhältnisse der Arbeiter noch sehr im Argen. Da jedoch hier hauptsächlich die Schwerindustrie in Frage ist, werden sich die Kerne des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nicht darüber wundern. Seit fast 100 Jahren ist die „Westfälische Drahtindustrie“ hier ansässig, die hiesigen „Hütten- und Walzwerkarbeiter“ sind mit den Verhältnissen so eng verknüpft, daß sie eine Verbesserung der Verhältnisse oder die Beilegung bestehender Mißstände zum Teil als ihr selbstiges Bestreben betrachten. Einen Beweis dafür dürfte die Stellungnahme der Heimarbeitler gegen die Abschaffung der Heimarbeit bilden. Der Sonderpunkt glaubt die Mehrzahl der hiesigen Hüttenarbeiter erkennen zu haben, wenn ihnen nach 25 Jahren treuer Pflichterfüllung mit halbschönen Worten ein Diplom und ein Trinkgeld von 100 M. überreicht wird. Die Berichte, die aus Anlaß dieser „Festern“ in den bürgerlichen Zeitungen erscheinen, sind zu trübend. Und doch haben diese Arbeiter so manchen Wunsch, sie können so manche Bitte vor. Aber mit welchem Erfolg Sie werden, ist eine Antwort geworden. Die beiden Teile: „Westfälische Drahtindustrie“ und „Hütten- und Walzwerkarbeiter“ sind in der „Westfälischen Union“ zusammengefaßt. Die hiesigen Arbeiter, geben der hiesigen Metallindustrie ihr Gepräge. Den Tagesarbeitern der „Drahtindustrie“ ist auf ihrem Wunsch der Feiernabend gewidert worden. Die

Waren einzuweisen, so erhalten sie neben dem Gehalt von 100 Mk. ...

Die Besetzung der Stellen der Arbeiter ...

Vom Ausland

England

Die letzte Besserung auf dem Arbeitsmarkt, die im Oktober begann, hat während des Novembers angehalten. In diesem Monat waren in den 268 berichtenden Arbeitstätten mit 644 770 Mitarbeitern 58 349 ...

Im Schiffbau war die Geschäftslage während des Novembers etwas besser als im Oktober, doch wurde auch dort nicht viel mit veränderter Zeit gearbeitet. Geschäftlich mit 29 037 Mitarbeitern hatten 25,2 Prozent Arbeitslose gegen 26,3 im Monat vorher ...

Das bedeutendste Ereignis auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse während des Jahres 1908 war das Kohlenbergbauergesetz (Coal Mines Regulation Act 1908). Nach diesem Gesetz soll mit gewissen Ausnahmen kein Arbeiter in den Bergwerken während des Zeitraums von 24 Stunden länger als acht Stunden zum Fördern der Kohle oder zum Abtransportieren der Kohle arbeiten ...

Das bedeutendste Ereignis auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse während des Jahres 1908 war das Kohlenbergbauergesetz (Coal Mines Regulation Act 1908). Nach diesem Gesetz soll mit gewissen Ausnahmen kein Arbeiter in den Bergwerken während des Zeitraums von 24 Stunden länger als acht Stunden zum Fördern der Kohle oder zum Abtransportieren der Kohle arbeiten ...

Das bedeutendste Ereignis auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse während des Jahres 1908 war das Kohlenbergbauergesetz (Coal Mines Regulation Act 1908). Nach diesem Gesetz soll mit gewissen Ausnahmen kein Arbeiter in den Bergwerken während des Zeitraums von 24 Stunden länger als acht Stunden zum Fördern der Kohle oder zum Abtransportieren der Kohle arbeiten ...

Wichtig. Auch bei unseren Kollegen hat sich im vergangenen Jahre die Arbeitslosigkeit viel mehr bemerkbar gemacht als im Jahre 1907. Von den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes waren 1907 durchschnittlich 4,05 Prozent arbeitslos, 1908 dagegen 8 Prozent.

Der Österreichische Arbeiterbeirat, vor am 22. Dezember unter dem Vorsitz des Dr. Matasa (Sektionschef im Handelsministerium) eine Sitzung abhielt, nahm unter anderem folgendes, von Steiner, Beer und Genossen gestellten Antrag einstimmig an:

Um der immer mehr, insbesondere in der Metallindustrie um sich greifenden Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu steuern, ersucht der Arbeiterbeirat, das Eisenbahnministerium möge den notwendigen Bau von Maschinen und Wagen ungefäumt vornehmen, respektive die Bestellungen schleunigst veranlassen.

Literarisches

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die Verehelichung der gewerblichen Arbeit im Zusammenwirken von Kunst, Industrie und Handwerk, Verhandlungen des Deutschen Werkbundes zu München am 11. und 12. Juli 1908. R. Voigtländer Verlag, Leipzig, Hospitalstr. 10. 187 Seiten, Preis 1,20 Mk.

Bestehende Projektionsmodelle als praktische Anleitung zur Herstellung richtiger technischer Zeichnungen und perspektivischer gezeichnete Figuren für Schulen, für den Selbstunterricht und für die metallverarbeitenden Gewerbe (nach eigenem, durch D. R. G. M. geschütztem System). Von Walter Gängsdel-Cairmont, Ing. Entschulten Modelle, wie: Würfel, Vierkant-Prisma, Achteck-Prisma, Zylinder, Rundbohlen und Sechskant-Prisma, abgeflachte Pyramide, Kegel und Kegel, Gashochsystem, Turmspitze, Flanschrohre, Abperzentil, sowie plangezeichneten Ansichten in Farbendruck. Necht ausführlich erläuterten dem Text mit 26 Illustrationen in Quartformat. Preis in Leinwand 10 Mk. Verlag von Waltherr Fiebler in Leipzig.

Die „Elektrische“. Taschenbuch für das Betriebspersonal elektrischer Straßenbahnen sowie für den Schulgebrauch von Ingenieuren Paul Schmitt. Mit 206 Abbildungen in Text und 4 Tafeln. Leipzig, Karl Schöke (W. Junghans), Verlag für Architektur, Technik und Gewerbe. 206 Seiten, Preis 1,75 Mk. — Der Titel dieses Buches erscheint uns etwas gefucht. Nichtsdestoweniger ist es allen, die aus irgend einem Grunde mit dem Straßenbahnwesen zu tun haben, zu empfehlen.

Neue Fahrt. Gedichte von Otto Krille. Mit Illustrationen und Titelbildern von Felix Hollenberg. Verlag von Johann Cassenbach, Berlin. Preis 1 Mk.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

H. 29 Hamburg

Abrechnung der Hauptkasse pro Dezember 1908.

Table with columns for Sinnahmen (Income) and Ausgaben (Expenditure) listing various locations and amounts.

Table with columns for Sinnahmen (Income) and Ausgaben (Expenditure) listing various locations and amounts.

Bilanz

Table showing financial data: Sinnahmen 58885,16, Ausgaben 27800,57, Mehrerlöse 31084,59, Bestand am 1. Dezember 1908 2268402,57, Bestand am 31. Dezember 1908 2268402,57.

Alle für die Krankenkasse sowie die für die Frauensterbefälle bestimmten Vorkassungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 20), Hamburg L, Besenbinderhof 70, zu richten.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

- List of meetings for various groups: Chemnitz-Klempner, Dortmund, Eisenhauer, etc., with dates and locations.

Abrechnung der Hauptkasse pro Dezember 1908.

Table with columns for Sinnahmen (Income) and Ausgaben (Expenditure) listing various locations and amounts.

Bestorben.

- List of deaths: Hugo Schmitt, Johann Schmitt, etc., with dates and locations.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Text regarding local administration notices and contact information for Alexander Schlicht & Co.

Privat-Anzeigen.

Text regarding private advertisements and contact information for Alexander Schlicht & Co.